

Aboonnementpreis

In der Hauptausgabe über den im Stadtbefest und den Vororten erschienenen Ausgaben abgezahlt: vierjährlich 44.-, bei zweimaliger täglicher Auflösung bis zum 5. J. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich: vierjährlich 4.-. Direkte tägliche Versandabreitung ins Ausland: monatlich 4.-.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Montags 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Redaktion ist Montags ununterbrochen geöffnet von 9 bis 12 Uhr.

Filialen:

Otto Stamm's Berlin, (Mittelstr. 1), Universitätsstrasse 1.

Louis Weise,

Katharinenstr. 14, port. und Königstr. 7.

M. 335.

Bur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 3. Juli,
Vormittags nur bis 1/2,9 Uhr
geschlossen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 2. Juli.

Der Streit Bismarck-Capriani bricht, soweit die Person des früheren Kanzlers in Betracht kommt, in Augenblicke nicht weiter erörtert zu werden. Weder die Artikel der "Reichs. Allgem. Zeit." noch das Gedicht der ultramontanen und deutschfreundlichen Presse kann vermeint, den wahrhaftigen Gedanken Geltung zu verschaffen, daß jeder Deutsche über Politik reden und schreiben dürfe, nur der bedeutendste Politiker Deutschlands nicht. Daraus aber handelt es sich bei der Frage. Nebenständlichkeiten, die man beklagen mag, intern nichts daran, daß das Reich Bismarck zur Opposition des Konservativen Kreises hält. Man könnte die unerträgliche Anlegenzkeit heute umso mehr unentdeckt lassen, als bekannt geworden ist, daß Bismarck mehrere Tage nach seinem Wiener Gespräch weit vor Ankunft des Reichs in loyalster und correctester Weise sein gegenwärtiges Verhältnis zum Kaiser als das eines „im Lagnade gefallenen Untertanen“ gekennzeichnet hat. „Schon daraus geht hervor, daß nicht er und seine Freunde es sind, welche durch die tadelnde Beurteilung von Regierungshandlungen des verantwortlichen ersten Ministers den Kaiser treffen beziehungsweise getroffen haben wollen. Die Vertreter dieser Auffassung, vor allen die Ultramontanen und Deutschfreundlichen, räumen mit ihr ein, daß sie überredet bei ihrer mehr als zwanzigjährigen Rücksichtnahme Opposition gegen den alten Bismarck für den Bismarck, mit ihren Angriffen gegen den Reichskanzler gleich Kaiser Wilhelm I. zu beschützen. Wir denken in diesem Punkte konstitutioneller, als die Prediger der reinen constitutionellen Lehre, für die sie die Deutschnationalen halten oder ausgeben. Bismarck also kann und darf aus dem Spiele ziehen. Die politischen Treiber aber, die an keine Rücksichtnahmen aufkämpfen, scheinen die rechte Aufmerksamkeit. Der Ultramontanismus, so viel ich jetzt klar, denkt den Anfang, um sich mit seiner Politik nach oben als die rechte Stütze des Thrones zu etablieren, um seine „Treue zu Kaiser und Reich“ als die zuverlässigste, als die allein zuverlässige einzuschätzen. Der Deutschkonservatismus führt lauf und vorwiegend einen Patriotismus, der durch die „Bürgertumsdebatte“ des alten Bismarck ja in das hellste Licht gestellt wurde. Diese letztere Thatsache ist nur deshalb von Bedeutung, weil der Deutschkonservatismus der Bürgertum war, alle Deutschen, die sich an der Bismarcktheorie nicht beteiligen, alle Freunde von Kaiser und Reich hinzustellen — die Nationalliberalen, es läßt sich er, nur noch in Anführungszeichen „Deutsche“ nennen zu können — und den Liberalismus auf den Boden zu brachten, aus dem die vaterlandslöse Geschicht erwarb. Ihr Herrscher sind die Ehren- und Liebesbezüglichkeiten, die auch Bismarck auf seiner Reise erfahren hat, „Demonstrationen gegen die höchste Spize des

Reichs“, und er ruft „Schmach und Schande“ über ihre „unrechtsame Urheber“. Er aber, Herr Dr. Sieber, schlägt mit einem Hoch auf den Kaiser, so kräftig, daß die "Südwest-Zeitung" und "Südwest-Magazin". Vor zwei Jahren hätte solche Rede aus solchen Mund in ganzem Reich schallende Heiterkeit hervorgerufen, inzwischen hat aber Deutschland das Lachen verloren, wenn es den ultramontanen Fuss preisen hört. Es hat gesehen, daß ultramontane und polnische Versicherungen der Freie geblieben und politisch delikat werden; es hat neuen oberen Beamten die Konservativen, Polen und Westen nationalen Parteien nennen hören; es hat die polnischen Schuleraße und das preußische Schulgesetz kommen und das Regieren einer Weise verdächtigen sehen, welche die Wiederkehr in dem Vereine der Möglichkeit befähigt. Hieran ist Dr. Sieber in Angenähept. Er sagt fajt wörtlich: „Als wir die alte Kaiser am Reich glauben und den Grafen Capriani schwärzen, hat man das Schulgesetz weggenommen auf Wunsch jenes reichsfreundlichen Ultramontanus“. Anders ist anders, aber unter Stelle ist an der Seite von Kaiser und Reich, von König und Vaterland. Um eine kleine Erinnerung einzuführen, so habe dieselben Ultramontanen, deren Vorführer am Stein so gesprochen, noch vor wenigen Wochen in Versammlungen politisch mit den Vertretern des Herrn Capriani identifiziert, welcher, ein geborener Rheinländer, in einem bayerischen Blatte den Tag niedergeschrieben hat: „Wer als katholischer Rheinländer sich als Preuße ausspielt, handelt ebenso „charaktervoll“, wie ein Pole, der sich für einen Russen ausgibt“, und den weiteren Satz: „Die durch 1870 in Europa geschaffene politische Lage ist unnatürlich und daher auf die Dauer unhaltbar. Mag daher auch der lezte Helle der deutschen Helden und der lezte Trocken des Deutschen Blattes auf dessen Aufrechterhaltung verwandt werden, eink wird kennen der Tag, wo die ganze Herrlichkeit in sich selbst zusammenfällt!“ Wenn der ultramontane Ten heute anders singt, so geschieht dies in der Erkenntnis und Hoffnung, daß auf den Zusammenschluß der „ganzen Herrlichkeit“ durch Unterwerfung wissamer hinzugetragen werden kann, als mit offinem Aufsturm. Eine Krone zu zerbrechen, wird dem an leichtem gelingen, der in der Nähe ihres Trägers gescheitert wird. Herr Sieber bekräftigt die Errichtung eines solchen Blaues für den Ultramontanismus, wenn er anfügt: „Fürst Bismarck soll die Hände lassen vom deutschen Reich und seinem Kanzler!“ Die anschließenden Sätze stellen den erprobten Vertheidiger Rom, Coriolan! Wird ihnen diese List die Thore öffnen?

Der Plan einer deutschen Weltausstellung in Berlin wird durch die zuerst auftretende französische Concurrenz von einem schweren Schlag getroffen, den man jedoch vorbereiten konnte. Unsere westlichen Nachbarn haben in den letzten Decennien regelmäßig ihre Weltausstellungen in Zwischenräumen von 11 bis 12 Jahren abgehalten, und besonders die seit dem Jahre 1859 vor von so bedeutendem Erfolg begleitet, daß man von vornherein mit der Absicht Frankreichs, um die Wende des Jahrhunderts wieder eine Weltausstellung in Paris zu veranstalten, rechnen mußte. Ihre letzte Ausstellung, in Paris, eine in Berlin, unverhältnismäßig weniger Jahre sind kaum deutlich bei den großen Festen und bei der preußischen in manchen industriellen Kreisen herrschenden Ausstellungsmöglichkeit. Das Frankreich auf dem Wege gütlicher Vereinigung veranlaßt werden könnte, seinen Plan aufzugeben, ist auch nicht wahrscheinlich; somit doch dabei nicht bloss der materielle Vorteil, sondern auch das „Prinzip“, das nationale Selbstbewußtsein in Betracht, welches in dem Zusammenschluß aller Welt bei den Pariser Ausstellungen einen Triumph der französischen Weltstellung, einen Sieg für die Nichtigkeit des Glaubensfanges sieht, daß Frankreich immer noch an der Spitze der Civilisation marchiere. Die deutsche Reichsregierung, welche bekanntlich für die Verhinderung Deutschlands an der Chicagor Ausstellung sich mit grossem Eifer verwehrt, hat dem Plan der Berliner Ausstellung

bisher ziemlich höll gegenüber gestanden, und erst fürsich hat Graf Capriani erklärt, daß seinesfalls vor 1898 die Ausführung möglich sei. Daraufhin haben auch die österreichischen Stellen, welche die Förderung des Unternehmens betrieben, ihre weiteren Aktionen vereitert vertragt, indem sie zunächst nur Wunsch ausdrückten, daß Deutschland für die kommende Ausstellung die Prämient gewährt werden möge. Die deutsche Reichsregierung hat nun, wie verlaufen, Mitteilung von den verschiedenen Plänen in Paris gemacht, und als Antwort darauf dürfte die Interpellation des Abgeordneten Deloncle in der französischen Kammer anzusehen sein, welche die Regierung aufruft, unverzüglich eine Weltausstellung in Paris für das Jahr 1900 vorzubereiten. Herr Deloncle handelt dabei jedoch im Einverständnis mit der französischen Regierung, heißt es doch, der Ministerkrieg sollte sich demnächst mit der Sache beschäftigen. Wie die Dinge liegen, ist schwer abzusehen, ob der bisherige Plan für Berlin anrecht erhalten bleibt kann oder ob seine Ausführung nicht wenigstens eine mehrjährige Verschiebung erleiden müßte.

Den heiteren Himmel der Valutaregulierung in Österreich haben plötzlich die Wolken aus der Sicht Peters verdeckt. Möglieh, dass das Ausland vorbereitungen waren, welche der Telegraph, daß der deutschnationale Abgeordnete Steinwender im Ausschüsse es anzusprechen habe, daß er und sein Bruder das Recht zu haben meinten, sich der Zeitung des Oberstaats der Kirche unter dem Namen zu widersetzen, das es sich an Politik handle. Dies ist ein Irrthum. Wie hatten alle unsere bürgerlichen Entwicklungen voll aufrecht und weitergehalten, wie waren ohne Bönni; nur wenn die Politik mit dem Glaubens-Unternehmen verschlängt ist, wie gegenwärtig in Frankreich, so ist das Oberhaupt des Reichs in Rom der erste, der die Aufgabe des Schaffens, welche Haltung die religiösen Dämonen, dieses doppelte Ziel oder Verführungen, sicher zu erhalten vermag. Darauf führt der Geist in bewusstseinserweckende Wirkungen und, als er Personen giebt, die ohne das Glück zu haben, selbst gründlich glücklich zu sein, doch durch Schönhaltung und Großheit des Charakters und Seelenmilde eine Hinwendung zur geistlichen Wahrheit erzielen lassen und genötigt habt, für das Gute einzutreten; die Entwicklung folgeringen kann, wenn auch nicht gläubigen Menschen sollte der französische Katholizismus nicht abholzen.

Wie bereits im Morgenblatte mitgetheilt worden ist, hat der Papst ebenfalls an die französischen Katholiken mit

einem Briefe sich gewendet, der an den Bischof von Grenoble gerichtet ist. Dieser Brief ist von besonderer Bedeutung deshalb, weil er die von dem „Osservatore Romano“ aufgezeigte Lehreinigung von der Unschärfekeit des Papstes in politischen Fragen sich zu zeigen macht. Die ultramontanen Blätter Deutschlands werden aus die Behauptung nicht mehr anstreben können, daß der „Osservatore Romano“ auf eigene Faust, also unangemäß für die Katholiken, das Unschärfeidogma auf das politische Gebiet ausgetheilt habe. Sowohl der Papst es für angezeigt hält, in der Form der Auflösung sein Vorgethe zu rechtfertigen, gleichlich es in diesem Brief durch den Hinweis auf die Notwendigkeit, die religiösen Interessen zu schützen. Dieses Ziel heißt alle Mittel. Die Curie geht so weit, die französischen Katholiken aufzufordern, die Missionierung aller „christlichen Männer“, auch Nichtkatholiken ad majorem Des gloriam nicht abzulehnen. Die Orthodoxen eines jeden Glaubensbekennens rufen zur Zeit der Papst zur Herrensöhne auf, um den Einfluss der Kirche auf den Staat zu führen. Ein anrüchlicher Bericht über den Brief, der der „Oss. Rom.“ auf Paris zugeht, lautet:

„Der Brief ist vom 22. v. M. datirt. Inhalt der Brief die Unterwerfung des in Grenoble versammelten katholischen Jugend unter den Willen des Papstes gezeigt hat. Über den Brief lautet: Wir bedauern, daß es Katholiken gibt, die trotz ihres Glaubens das Recht zu haben meinen, sich der Zeitung des Oberstaats der Kirche unter dem Namen zu widersetzen, das es sich an Politik handle. Dies ist ein Irrthum. Wie hatten alle unsere bürgerlichen Entwicklungen voll aufrecht und weitergehalten, wie waren ohne Bönni; nur wenn die Politik mit dem Glaubens-Unternehmen verschlängt ist, wie gegenwärtig in Frankreich, so ist das Oberhaupt des Reichs in Rom der erste, der die Aufgabe des Schaffens, welche Haltung die religiösen Dämonen, dieses doppelte Ziel oder Verführungen, sicher zu erhalten vermag. Darauf führt der Geist in bewusstseinserweckende Wirkungen und, als er Personen giebt, die ohne das Glück zu haben, selbst gründlich glücklich zu sein, doch durch Schönhaltung und Großheit des Charakters und Seelenmilde eine Hinwendung zur geistlichen Wahrheit erzielen lassen und genötigt habt, für das Gute einzutreten; die Entwicklung folgeringen kann, wenn auch nicht gläubigen Menschen sollte der französische Katholizismus nicht abholzen.“

Die vorwegige Ministerkrise mag bestehenden Charakter einer etwas hinterhältigen Überraschung, den die meisten Vergänge in der schwedisch-norwegischen Ministratskrise bisher gezeigt haben. Das Entlassungsgesetz des Ministeriums Steen erfolgte am 29. Juni, bevor der ministerielle Briefdruck in Sachen der besondern norwegischen Consulate noch offiziell im Staatsrat verkündet war; da aber das ministerielle Abschiedsgesetz auf die Belehrung des Königs höchstlich der Consulatangemessenheit verordnet, muß diese Verordnung in der Audienz aufgebrochen worden sein, welche der Ministerpräsident Steen am Nachmittag des 28. Juni bei dem König hatte. Der König hat die Entlassung angenommen, doch mit einem verzögerten Protestdruck, in welchem er constatir, zu dem Abschiedsgesetz seinerseits keine Veranlassung gegeben zu haben, und daß er alle diese Streits des Ministeriums unverantwortlich finde. Das Cabinet führt die lastenden Geschöfte weiter, dem Abschiedsgesetz war das Verlangen nach Wartegeld eines außerordentlichen Anstellungen hinzugefügt. Die ministerielle Presse bestreitet das Auftreten des Königs als „prächtig“, er habe die Angelegenheit nicht in dem gemeinsamen, sonder in dem ausschließlich norwegischen Staatsrat verhandelt zu wollen erklärt; ebenso habe die norwegische Rechte sich von jeder Einmischung in die Angelegenheit ferngehalten; mithin sollte jetzt Norwegen nach anschließlich schwedischen Gesichtspunkten regiert werden; eine neue Regierung würde „vorsichtig“ sein und „den Landesvertrag zur Institution erheben“. Die konervative Presse verneint auf das „ungebrüderliche und unverhüllte“ Vorgehen des Ministeriums mit einem Abschiedsgesetz vor der offiziellen Verhandlung der freiguten Freie; doch scheint die „vereinigte Rechte“ in dieser Angelegenheit nicht

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Insertionspreis

Die gespaltenen Seiten je 20 Pf.
Reclame unter den Redaktionsteil (ge-
spalten) 50.-, vor den Familienanzeichen
(ge-spalten) 40.-.

Großes Schrift fällt unter Preis-
verzehrlich. Tabellenkarte und Uffershop
nach höherem Zins.

Extra-Beilagen (ge-spalten), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeschleunigung
40.-, mit Postbeschleunigung 40.-.

Annahmeschluß für Inserate:
Übers-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Son- und Feiertags 10 Uhr.
Bei den Filialen und Auslandsschulen je eine
halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition
zu richten.

Druck und Verlag von C. Volz in Leipzig.

86. Jahrgang.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.

Leipziger Tageblatt.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 2. Juli 1892.